Stand: 13.12.2025 08:19:28

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/13012

"Freiheit braucht Sicherheit!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/13012 vom 27.09.2016
2. Beschluss des Plenums 17/13045 vom 28.09.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 82 vom 28.09.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 27.09.2016 **Drucksache 17/13012**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Petra Guttenberger, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Jürgen W. Heike, Bernd Kränzle, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Dr. Franz Rieger, Peter Tomaschko, Andreas Schalk, Martin Schöffel, Karl Straub, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann** und **Fraktion (CSU)**

Freiheit braucht Sicherheit!

Der Landtag wolle beschließen:

Freiheit ist ein wichtiger Grundpfeiler unserer Demokratie. Um sie ausüben zu können, braucht es aber sichere Rahmenbedingungen. Der Landtag begrüßt daher das Sicherheitskonzept, das die Staatsregierung Ende Juli 2016 in St. Quirin beschlossen hat.

Er fordert die Staatsregierung auf, sich darüber hinaus auf Bundes- und Europaebene weiterhin für folgende Punkte einzusetzen:

– Asylverfahren müssen an den EU-Außengrenzen durchgeführt und binnen drei Monaten abgeschlossen werden. Menschen ohne Schutzbedürfnis müssen bereits dort zurückgewiesen werden. Schutzbedürftige Menschen müssen gerecht in ganz Europa verteilt werden. Dabei muss für die Bundesrepublik Deutschland eine Obergrenze von maximal 200.000 Flüchtlingen pro Jahr, davon höchstens 30.000 für Bayern gelten.

– Wer ohne Papiere einreist oder seine Identität nicht belegen kann, muss an den deutschen Grenzen zunächst festgehalten und gegebenenfalls zurückgewiesen werden können, dies gilt erst Recht für Personen, die versuchen, mit gefälschten Papieren einzureisen.

– Die persönlichen Daten aller in Deutschland ankommenden Flüchtlinge müssen lückenlos erfasst und den zuständigen Behörden unverzüglich zur Verfügung gestellt werden. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge muss alle Asylbewerberinnen und -bewerber mündlich anhören und ihr Vorbringen ggf. auch mit Informationen des Verfassungsschutzes abgleichen sowie vorgelegte Papiere auf ihre Echtheit hin überprüfen.

– Menschen, die in Deutschland kein Bleiberecht haben, müssen unser Land wieder verlassen. Rückführungen dürfen nicht daran scheitern, dass die Betroffenen versuchen, durch das Verstecken von Familienangehörigen und andere Tricks ihre Abschiebung zu verhindern. Die Gewährung von Entwicklungshilfe muss ggf. davon abhängig gemacht werden, dass ausländische Staaten ihre ausreisepflichtigen Staatsangehörigen wieder zurücknehmen. In geeigneten Fällen muss auch die Ingewahrsamnahme von abzuschiebenden Personen zur Sicherstellung der Ausreise erleichtert werden, ausländische Straftäter müssen schneller ihr Aufenthaltsrecht verlieren und Anerkennungen, die aufgrund falscher Angaben erfolgten, müssen zurückgenommen werden.

– Anerkannte Flüchtlinge dürfen nicht mehr automatisch einen Anspruch auf ein unbefristetes Aufenthaltsrecht erhalten, wenn sie sich nur lange genug in Deutschland aufhalten.

– Die im EU-Recht vorgesehenen Privilegierungen für den Familiennachzug zu anerkannten Flüchtlingen müssen aufgehoben, die auf zwei Jahre befristete Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzbedürftige muss bei Bedarf verlängert werden. Der Bund muss den Kommunen die mit dem Familiennachzug auch zu anerkannten Flüchtlingen und Asylberechtigten verbundenen Kosten vollständig erstatten.

– Die Finanzierung von Moscheen oder islamischen Kindergärten aus dem Ausland muss beendet werden. Imame sollten in Deutschland ausgebildet sein und unsere Grundwerte teilen. In den Moscheen soll Deutsch gesprochen werden.

– Sogenannte Kinderehen dürfen nicht geduldet und auch rechtlich nicht anerkannt werden, genauso wenig Vielehen und Eheschließungen, bei denen ein Ehepartner nicht persönlich anwesend war (sogenannte Stellvertreterehen).

– Wo immer es rechtlich möglich ist, muss die Vollverschleierung in der Öffentlichkeit verboten werden.

– Die Speicherung und Erhebung von Telekommunikationsverkehrsdaten muss praxisgerechter ausgestaltet werden. Auch die Anbieter von E-Mail-Diensten und die Betreiber Sozialer Medien müssen verpflichtet werden, Verkehrsdaten zu speichern. Diese müssen zudem länger als zehn Wochen gespeichert werden dürfen. Das Bundeskri-

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

minalamt und die Verfassungsschutzämter von Bund und allen Ländern müssen die Verkehrsdaten nutzen können. Außerdem muss eine Rechtsgrundlage zur Überwachung der mittels Voice-over-IP-Diensten geführten verschlüsselten Kommunikation geschaffen werden (sogenannte Quellen-TKÜ).

– Wie in vielen anderen europäischen Staaten (z.B. Belgien, Frankreich, Österreich) muss der Inlandseinsatz der Streitkräfte auch in Deutschland unter erleichterten Voraussetzungen zugelassen werden.

Begründung:

In Bayern leben die Menschen am sichersten, weil der Freistaat schon in der Vergangenheit seine Sicherheitsbehörden sehr gut aufgestellt hat. Wegen neuer Bedrohungen durch Terroristen, organisierte Kriminalität, Internet- und Computerkriminalität und der Zunahme extremistischer Straftaten müssen Polizei, Justiz und Verfassungsschutz weiter gestärkt werden. Der Rechtsstaat braucht die notwendigen Befugnisse, damit er nicht hinter den Möglichkeiten seiner Gegner zurückbleibt. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass der Staat ihre Freiheit schützt, aber auch präventiv handelt. Denn nur wer auf seine Sicherheit vertrauen kann, kann seine Freiheit leben.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 28.09.2016 **Drucksache** 17/**13045**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Petra Guttenberger, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Jürgen W. Heike, Bernd Kränzle, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Dr. Franz Rieger, Peter Tomaschko, Andreas Schalk, Martin Schöffel, Karl Straub, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/**13012**

Freiheit braucht Sicherheit!

Freiheit ist ein wichtiger Grundpfeiler unserer Demokratie. Um sie ausüben zu können, braucht es aber sichere Rahmenbedingungen. Der Landtag begrüßt daher das Sicherheitskonzept, das die Staatsregierung Ende Juli 2016 in St. Quirin beschlossen hat.

Er fordert die Staatsregierung auf, sich darüber hinaus auf Bundes- und Europaebene weiterhin für folgende Punkte einzusetzen:

– Asylverfahren müssen an den EU-Außengrenzen durchgeführt und binnen drei Monaten abgeschlossen werden. Menschen ohne Schutzbedürfnis müssen bereits dort zurückgewiesen werden. Schutzbedürftige Menschen müssen gerecht in ganz Europa verteilt werden. Dabei muss für die Bundesrepublik Deutschland eine Obergrenze von maximal 200.000 Flüchtlingen pro Jahr, davon höchstens 30.000 für Bayern gelten.

– Wer ohne Papiere einreist oder seine Identität nicht belegen kann, muss an den deutschen Grenzen zunächst festgehalten und gegebenenfalls zurückgewiesen werden können, dies gilt erst Recht für Personen, die versuchen, mit gefälschten Papieren einzureisen.

– Die persönlichen Daten aller in Deutschland ankommenden Flüchtlinge müssen lückenlos erfasst und den zuständigen Behörden unverzüglich zur Verfügung gestellt werden. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge muss alle Asylbewerberinnen und -bewerber mündlich anhören und ihr Vorbringen ggf. auch mit Informationen des Verfassungsschutzes abgleichen sowie vorgelegte Papiere auf ihre Echtheit hin überprüfen.

– Menschen, die in Deutschland kein Bleiberecht haben, müssen unser Land wieder verlassen. Rückführungen dürfen nicht daran scheitern, dass die Betroffenen versuchen, durch das Verstecken von Familienangehörigen und andere Tricks ihre Abschiebung zu verhindern. Die Gewährung von Entwicklungshilfe muss ggf. davon abhängig gemacht werden, dass ausländische Staaten ihre ausreisepflichtigen Staatsangehörigen wieder zurücknehmen. In geeigneten Fällen muss auch die Ingewahrsamnahme von abzuschiebenden Personen zur Sicherstellung der Ausreise erleichtert werden, ausländische Straftäter müssen schneller ihr Aufenthaltsrecht verlieren und Anerkennungen, die aufgrund falscher Angaben erfolgten, müssen zurückgenommen werden.

– Anerkannte Flüchtlinge dürfen nicht mehr automatisch einen Anspruch auf ein unbefristetes Aufenthaltsrecht erhalten, wenn sie sich nur lange genug in Deutschland aufhalten.

– Die im EU-Recht vorgesehenen Privilegierungen für den Familiennachzug zu anerkannten Flüchtlingen müssen aufgehoben, die auf zwei Jahre befristete Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzbedürftige muss bei Bedarf verlängert werden. Der Bund muss den Kommunen die mit dem Familiennachzug auch zu anerkannten Flüchtlingen und Asylberechtigten verbundenen Kosten vollständig erstatten.

– Die Finanzierung von Moscheen oder islamischen Kindergärten aus dem Ausland muss beendet werden. Imame sollten in Deutschland ausgebildet sein und unsere Grundwerte teilen. In den Moscheen soll Deutsch gesprochen werden.

– Sogenannte Kinderehen dürfen nicht geduldet und auch rechtlich nicht anerkannt werden, genauso wenig Vielehen und Eheschließungen, bei denen ein Ehepartner nicht persönlich anwesend war (sogenannte Stellvertreterehen).

– Wo immer es rechtlich möglich ist, muss die Vollverschleierung in der Öffentlichkeit verboten werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

– Die Speicherung und Erhebung von Telekommunikationsverkehrsdaten muss praxisgerechter ausgestaltet werden. Auch die Anbieter von E-Mail-Diensten und die Betreiber Sozialer Medien müssen verpflichtet werden, Verkehrsdaten zu speichern. Diese müssen zudem länger als zehn Wochen gespeichert werden dürfen. Das Bundeskriminalamt und die Verfassungsschutzämter von Bund und allen Ländern müssen die Verkehrsdaten nutzen können. Außerdem muss eine Rechtsgrundlage zur Überwachung der mittels Voice-over-IP-Diensten geführten verschlüsselten Kommunikation geschaffen werden (sogenannte Quellen-TKÜ).

– Wie in vielen anderen europäischen Staaten (z.B. Belgien, Frankreich, Österreich) muss der Inlandseinsatz der Streitkräfte auch in Deutschland unter erleichterten Voraussetzungen zugelassen werden.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures
Abg. Dr. Florian Herrmann
Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote
Abg. Eva Gottstein
Abg. Katharina Schulze
Abg. Prof. Dr. Peter Paul Gantzer
Staatssekretär Gerhard Eck

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe nun zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u. a. und Fraktion (CSU)
Freiheit braucht Sicherheit! (Drs. 17/13012)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sicherheit braucht Konsequenz (Drs. 17/13023)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Freiheit schützen - Zusammenhalt stärken - Terror bekämpfen (Drs. 17/13024)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Dr. Herrmann.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Oberste Aufgabe des Staates ist es, für die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Der Freistaat ist hier sehr erfolgreich. Er ist auf dem Gebiet der inneren Sicherheit seit vielen Jahren spitze. Die Kriminalstatistik belegt seit Langem, dass wir ein höchstes Maß an objektiver Sicherheit vorweisen können.Nirgendwo in Deutschland lebt man sicherer, nirgendwo ist das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, geringer als in Bayern. Deshalb fühlen sich die Menschen in Bayern auch sicherer als überall sonst in Deutschland und sogar in Europa. Das ist das Ergebnis einer über viele Jahre hinweg aufgebauten robusten Sicherheitsarchitektur. Das gelingt nicht von heute auf morgen, sondern nur, wenn man in dieser Richtung konsequent arbeitet. Das Erfolgsrezept heißt: Sicherheit durch Stärke. Wir dulden keine Straftaten, schwere schon gar nicht, aber auch nicht die kleineren, denn das Motto heißt: Wehret den Anfängen. Es gibt keine Toleranz gegenüber Rechtsbrechern jeder Art.

Die zentrale Säule unserer erfolgreichen Sicherheitsarchitektur in Bayern ist die bayerische Polizei. Hervorragend ausgebildete, sehr gut ausgestattete und hoch motivierte Beamtinnen und Beamte garantieren unsere Sicherheit. Ihnen gebührt unser großer Dank.

(Beifall bei der CSU)

Die CSU-Landtagsfraktion steht zu 100 % hinter dieser Politik der Staatsregierung, die der Ministerpräsident heute in seiner Regierungserklärung im zweiten Kapitel seines Kursbuches angesprochen hat. Wir stehen also hinter dieser Politik zu 100 %, und wir stehen hinter den Polizistinnen und Polizisten.

Mit nunmehr 41.370 Stellen erreicht unsere Polizei den höchsten Personalstand ihrer Geschichte. Allein in diesem Jahr, 2016, können dank der neu geschaffenen Stellen mehr als 1.500 Beamte eingestellt werden. Mit dem aktuell beschlossenen Sicherheitspaket setzen wir diesen Kurs konsequent fort. 2017 bis 2020 stellen wir jedes Jahr zusätzlich 500 Polizistinnen und Polizisten ein. Das sind 2.000 Stellen mehr für spürbar mehr Präsenz und Sicherheit.

Die Voraussetzung für das klare Bekenntnis zu großer Personalstärke und guter Sachausstattung ist aber – das möchte ich im Zusammenhang mit unserem Dringlichkeitsantrag besonders herausstellen – die richtige politische Grundeinstellung zur Sicherheit. Wir sagen: Freiheit braucht Sicherheit. Freiheit und Sicherheit sind ein Geschwisterpaar, ein zwar ungleiches Geschwisterpaar, aber sie sind ein Geschwisterpaar. Sicherheit tendiert dazu, die Freiheit einzuschränken. Freiheit tendiert dazu, bei der Sicherheit Abstriche zu machen. Gleichzeitig aber bedingen sich Freiheit und Sicherheit gegenseitig, weil gerade in einer freien und offenen Gesellschaft Freiheit ohne Sicherheit und Sicherheit ohne Freiheit nicht denkbar sind. Zu unserer politischen Grundeinstellung gehört es, Freiheit und Sicherheit zusammen zu sehen. Wir verabsolutieren weder das eine noch das andere. Wir ringen stets darum, beides in einen gerechten Ausgleich zu bringen.

Darin unterscheiden wir uns ganz grundsätzlich von anderen politischen Richtungen. Vor allem unterscheiden wir uns darin von der linken Seite des politischen Spektrums. Dort werden häufig und leider nach wie vor der Staat und seine Mitarbeiter wie zum Beispiel die Polizei oder der Verfassungsschutz, die die Sicherheit garantieren, als der eigentliche Feind angesehen. Wir haben über dieses Thema schon häufiger vor allem im Innenausschuss diskutiert. Der Staat und seine Mitarbeiter werden mit Misstrauen überhäuft, zum Teil sogar dämonisiert. Der Staat und seine Vertreter werden als Gefahr für unsere persönliche Freiheit oder für unsere Daten angesehen.

Um es aber ganz deutlich zu sagen: Der Feind ist nicht der Staat und schon gar nicht der Rechtsstaat, seine Behörden und die Mitarbeiter seiner Behörden. Ganz im Gegenteil, der Rechtsstaat braucht die notwendigen Befugnisse, damit er nicht hinter den Möglichkeiten seiner Feinde zurückbleibt. An genau dieser Stelle unterscheiden sich auch die Sonntagsreden von praktischer und wirksamer Politik; denn in den Sonntagsreden stellt sich immer jeder hinter die Polizeibeamten. Das ist zwar erfreulich, aber es kommt dort zum Schwur, wo es um konkrete Befugnisse geht, wo es darum geht, die über 40.000 Beamtinnen und Beamten mit Befugnissen auszustatten, damit sie wirksam im Sinne der inneren Sicherheit tätig sein können. Um diesen zentralen Punkt geht es.

(Beifall bei der CSU)

Da muss man sehr deutlich sagen: Wer diese ideologischen Schranken im Denken nicht ablegt, wird nie zu einem normalen, entspannten Verhältnis zu den Sicherheitsorganen und den Organen des Rechtsstaats finden. Gerade die Debatte über das neue bayerische Verfassungsgesetz zeigt es: Wir wollen eine wehrhafte Demokratie, die diesen Namen auch verdient. Sicherheitsphobien aller Art gehören in die Mottenkiste der ideologischen Verirrungen und nicht zum Handwerkszeug praktischer Politik.

Wir haben eine leistungsfähige Sicherheitsarchitektur und können darauf stolz sein. Die Bedrohungsszenarien, die Bedrohung unserer Freiheit haben sich in den letzten

Jahren dramatisch verändert. Der islamistische Terror hat sich Mitteleuropa immer weiter angenähert. Er ist mittlerweile leider auch in Bayern angekommen, und zwar auf klassischem Weg durch Anschlagsdrohungen und Anschläge, aber auch auf digitalem Weg. Daher sprechen wir zum Beispiel vom Cyber-Dschihad. Auf diese neuen Bedrohungsszenarien müssen wir die richtigen Antworten finden; das erwarten die Menschen von uns zu Recht.

Das hat nicht nur, aber eben auch mit der großen Zahl von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu tun, die in unser Land gekommen sind und immer noch in unser Land kommen. Ich sage es ganz deutlich: Niemand behauptet, dass jeder Flüchtling, der in unser Land kommt, eine Gefahr für die Sicherheit ist. Ein solcher Generalverdacht wäre völlig unsinnig. Er entspricht auch nicht unserem humanitären Ansatz im Umgang mit Menschen, die Hilfe suchend in unser Land kommen.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Solange das europaweite System der Grenzsicherung – ich nenne das Stichwort Schengen und das Stichwort Dublin – nicht so funktioniert, wie es gedacht ist, wissen wir nicht genug darüber, wer in unser Land kommt, wer sich in unserem Land aufhält und was er gegebenenfalls im Schilde führt. Das ist aus der Sicht der inneren Sicherheit ein nicht tragbarer Zustand.

(Beifall bei der CSU)

Daher fordern wir unter anderem – ich möchte nicht auf alle Punkte unseres Dringlichkeitsantrags eingehen, das würde den Rahmen sprengen –, dass Asylverfahren an den EU-Außengrenzen geführt und binnen drei Monaten abgeschlossen werden müssen. Menschen ohne Schutzbedürfnis müssen bereits dort zurückgewiesen werden. Die persönlichen Daten aller in Deutschland ankommenden Flüchtlinge müssen lückenlos erfasst und den zuständigen Behörden unverzüglich zur Verfügung gestellt werden. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge muss alle Asylbewerber mündlich anhören und ihr Vorbringen gegebenenfalls auch mit Informationen der Verfassungsschutz- oder anderen Sicherheitsbehörden abgleichen. Menschen, die in

Deutschland kein Bleiberecht haben, müssen unser Land wieder verlassen. Rückführungen dürfen nicht daran scheitern, dass sich ausländische Staaten weigern, ihre Staatsangehörigen wieder zurückzunehmen oder dass die Betroffenen versuchen, durch Tricks ihre Abschiebung zu verhindern. Ausländische Straftäter müssen schneller ihr Aufenthaltsrecht verlieren.

Wichtig ist uns auch, dass die Finanzierung von Moscheen oder islamischen Kindergärten aus dem Ausland beendet wird. Imame sollen in Deutschland ausgebildet werden und unsere Grundwerte teilen. Sonst kann Integration nicht funktionieren. Deshalb soll in den Moscheen auch deutsch gesprochen werden.

Ein weiterer Punkt, der immer zu Grundsatzdiskussionen führt, der aber im Zusammenhang mit der inneren Sicherheit von zentraler Bedeutung ist, ist die Speicherung und Erhebung von Telekommunikationsverkehrsdaten. Diese muss praxisgerechter ausgestaltet werden. Erfreulicherweise konnte besonders durch den Verhandlungserfolg aus Bayern auf Bundesebene die Rechtsgrundlage dafür wieder geschaffen werden. Sie ist aber nicht praxisgerecht, sie muss verbessert werden. Insbesondere müssen die Anbieter von E-Mail-Diensten und die Betreiber sozialer Medien verpflichtet werden, Verkehrsdaten zu speichern. Diese müssen vor allem länger gespeichert werden, weil sie sonst in der Praxis kaum verwertbar sind.

Gleichzeitig wissen wir auch, dass von Straftätern häufig nur digitale Spuren hinterlassen werden, sei es im Zusammenhang mit schwerster Kriminalität, aber auch im Zusammenhang mit linker oder rechter Stimmungsmache, Hetze oder Ähnlichem. Häufig liegen nur digitale Spuren vor. Es wäre eine falsche sicherheitspolitische Grundeinstellung, wenn man sich aus Scheu vor dieser schwierigen rechtlichen Diskussion davor verschließen würde, auf diese Daten generell zurückgreifen zu wollen. Das wäre ein schwerer Fehler, aber an dieser Frage entscheidet sich sehr viel.

Meine Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass der Staat ihre Freiheit schützt; denn nur, wer auf seine Sicherheit vertrauen kann, kann seine Freiheit auch leben.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Herrmann. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gottstein. Bitte schön.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Thema zieht sich praktisch durch die gesamte heutige Plenarsitzung: unser Umgang mit den vielen Flüchtlingen und Asylbewerbern und mit der veränderten Situation, die sich dadurch für Deutschland insgesamt und speziell für Bayern ergeben hat.

Die Zahlen sind bekannt: 1,1 Millionen Flüchtlinge sind im Jahr 2015 zu uns gekommen. Viel erschreckender ist, dass die Zahl der unbearbeiteten Asylanträge immer noch bei einer halben Million liegt. Das ist ein Sicherheitsproblem. Die Bevölkerung ist verunsichert, dass es in einem modernen Industriestaat wie dem unsrigen eine so hohe Anzahl unbearbeiteter Anträge geben kann.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Ein Verunsicherungsproblem, aber kein Sicherheitsproblem!)

– Es kommt darauf an, wie Sie es sehen. Wenn ich verunsichert bin, dann verhalte ich mich so, dass es zum Sicherheitsproblem wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Thomas Gehring (GRÜNE): Die Verunsicherung der Bevölkerung ist das Sicherheitsproblem!)

Wir haben immer wieder Berichte und Beschwerden unserer Kommunalpolitiker, aber auch unserer ehrenamtlichen Helfer zu bearbeiten. Wir wissen, dass manche ehrenamtlichen Helfer nicht zu der demnächst stattfindenden Ehrung kommen wollen, weil

sie sich nicht ernst genommen fühlen. Sie haben das Gefühl, dass sie arbeiten, während auf der oberen Ebene nicht genügend getan werde.

Deswegen haben wir unseren Antrag unter der Überschrift "Sicherheit braucht Konsequenz" formuliert. Die Formulierung Ihres Antrags, liebe CSU, stimmt sicherlich auch; dennoch bleiben wir bei der unsrigen. Wir FREIE WÄHLER sind Pragmatiker. Wir fordern die Anwendung der geltenden Gesetze; nichts anderes besagt Konsequenz in diesem Zusammenhang. Gehen wir bitte den ersten Schritt vor dem zweiten! Wir haben bereits viele Handhabungsmöglichkeiten. Diese werden bisher leider nicht oder nur unzureichend genutzt.

Vorausschicken möchte ich den Dank an unsere Kommunen. Sie haben auch in den chaotischen Zeiten des Jahres 2015 die Flüchtlingssituation hervorragend, vor allem unbürokratisch gemeistert. Sie haben manches im Vorgriff erledigt, obwohl sie nicht wussten, ob sie dafür belohnt werden.

Unser Dank gilt natürlich auch den Bürgerinnen und Bürgern, die sich engagiert haben und sich immer noch engagieren, die sich nicht verunsichern oder entmutigen lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Unser Dank geht an dieser Stelle aber auch an die Unternehmen, die allmählich in die Gänge kommen und über ihre normale Aufgabe hinaus Flüchtlingen und Asylbewerbern Arbeit geben bzw. eine Ausbildung ermöglichen.

Aber Dank reicht nicht aus. Politik muss handeln. Politik muss Taten statt Worte liefern. Wir haben einige Forderungen aufgestellt und in unseren Antrag aufgenommen.

Als Erstes fordern wir, die Kostenseite bitte nicht zu vernachlässigen. Alle Gemeinden, Landkreise und Bezirke jammern inzwischen, dass die Gelder zu spät oder nicht fließen. Aktuellstes Beispiel ist der heutige Hilferuf der Bezirke. Sie bitten darum, dass wir sie mit den jungen erwachsenen Flüchtlingen – insoweit besteht momentan eine Kostendeckungs- bzw. Finanzierungslücke – nicht im Regen stehen lassen. Ich bin der

Meinung, dass ein Sicherheitsproblem entsteht, wenn wir jetzt genau nach den Buchstaben des Gesetzes handeln. Wenn diese jungen Menschen mit Erreichen des 18. Lebensjahres die Volljährigkeit erreicht haben, werden sie nicht mehr betreut bzw. finanziert. Gott sei Dank verfahren unsere Jugendämter momentan nicht so. Aber es geht doch nicht, dass wir letztlich die Bezirke betteln lassen. Der nächste Schritt muss sein, dass die Bezirke eine Umlage erhöhen. Dann verlagert sich das Problem auf die Landkreise. Ich habe durchaus Verständnis für eine Bevölkerung, die sagt: Das kann es nicht sein! – Dann ist es ein Sicherheitsproblem.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Asylverfahren müssen an den EU-Außengrenzen stattfinden und zügig abgeschlossen werden; insoweit sind wir d'accord mit der CSU. Wir verstehen aber nicht, warum das Bundesinnenministerium die Nutzung der von einem Polizisten entwickelten, preisgekrönten Software, mit der falsche Pässe sehr schnell erkannt werden können, abgelehnt hat. Im Fernsehen gab es darüber einen Bericht. Lieber setzte das Bundesinnenministerium im Zugverkehr nach wie vor ungeschultes Sicherheitspersonal ein, das in keiner Weise einen Pass von einem Personalausweis unterscheiden, geschweige denn einen gefälschten Pass erkennen kann. Damit kann das Ziel, dass nur noch "kontrollierte Einreisen" stattfinden, nicht erreicht werden.

Wir fordern ein gerechtes Kontingent für Deutschland. Das Wort "Obergrenze" vermeiden wir. Inzwischen gibt doch jeder zu, dass wir in Europa eine gerechte Verteilung brauchen. Machen Sie insoweit Ihre Hausaufgaben! Sie sind im Bund und in Europa am Ruder. Dann handeln Sie entsprechend!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir fordern, dass die personenbezogenen Daten der nach Deutschland einreisenden Flüchtlinge vollständig und lückenlos erfasst werden. Übrigens sollten Sie nicht von den Versäumnissen ablenken. Für die europaweite Anwendung des EASY-Verfahrens

hat man schon lange genug gebraucht; das hat Monate gedauert. Genau deswegen ist unsere Bevölkerung verunsichert.

Die Verfahren beim BAMF müssen zügig abgewickelt werden. Dem Link auf der Webseite des BAMF können wir entnehmen, dass die durchschnittliche Bearbeitungsdauer momentan 7,3 Monate beträgt. 7,3 Monate! Angesichts dieser langen Frist brauchen wir von Integration und Beschulung nicht zu reden. Unsicherheit entsteht bei denen, die auf die Bearbeitung ihrer Anträge warten, aber auch bei der Bevölkerung und den Helfern, die nicht wissen, wie es mit diesen Leuten weitergeht.

Unsere weiteren Forderungen möchte ich nur anreißen: Menschen ohne Bleiberecht müssen wir nach dem geltenden Recht konsequent zurückführen. Das ist im Prinzip heute in unserem Antrag noch einmal gefordert worden. Zudem ist das unbefristete Aufenthaltsrecht zu überdenken.

Den Antrag der GRÜNEN lehnen wir ab. Unter Nummer I finden sich zwar viele sinnvolle Punkte. Auf der anderen Seite stellen wir fest, dass die GRÜNEN unseren Kernanliegen – darauf richten wir FREIEN WÄHLER unseren Fokus –, dass die Asylverfahren an den EU-Außengrenzen stattfinden und die Kommunen nicht auf ihren Kosten sitzen bleiben, nicht Rechnung tragen.

Sehr viele Punkte des Antrags der CSU unterstützen wir FREIEN WÄHLER ausdrücklich; wir haben das schon in der Vergangenheit getan. Aber es tut mir leid: Wenn Fragen wie ein Bundeswehreinsatz im Inland oder die Vollverschleierung in einem Dringlichkeitsantrag und damit quasi in drei Minuten abgehandelt werden sollen, dann wird dies der Bedeutung, die diese Änderungen mit sich bringen würden, nicht gerecht. Deswegen lehnen wir auch den Antrag der CSU ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Gottstein. – Unsere nächste Rednerin ist Frau Schulze. Bitte schön.

Katharina Schulze (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Herrmann, ganz ehrlich: Dieser CSU-Antrag ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Immer nur poltern, Angst machen und den Populisten nach dem Mund reden – Sie betreiben Verunsicherungspolitik, keine Sicherheitspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Antrag der CSU beginnt mit dem Thema Flüchtlinge und Asylpolitik. Das nennt man Stimmungsmache. Ich würde sagen, es ist Hetze. Ganz nebenbei: Das zeugt nicht gerade von innenpolitischem Sachverstand.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der CSU – Manfred Ländner (CSU): Den Sie haben?)

Am Montag, dem 36. Jahrestag des Terrorattentats auf dem Oktoberfest, gab es in Dresden zwei Bombenanschläge, einen auf eine Moschee und einen auf ein Kongresszentrum. Stellen Sie sich einmal vor, es wäre ein dschihadistischer Anschlag vor einer Kirche gewesen. Was wäre dann los gewesen! Es war dieses Mal ein Anschlag auf Muslime in unserem Land.

Und was hört man von der CSU? – Nichts! Kein einziges Wort des Bedauerns. Was für eine Schande!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die sächsische Polizei geht nach Lage der Dinge von einem fremdenfeindlichen Motiv aus. Fremdenfeindlichkeit ist wahrlich kein neues Phänomen. Sie alle kennen die Zahlen. 117 Menschen sind im Jahr 2015 Opfer von rechter Gewalt in Bayern geworden.Fremdenfeindliche Attacken haben sich im Jahr 2016 verdoppelt. Rechtsextreme

sind im Untergrund und ganz offen auf unseren Straßen aktiv. Diese Gefahr benennen Sie in Ihrem Sicherheitsantrag mit keinem Wort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie wäre es denn mit einer Erhöhung des Verhandlungsdrucks auf die rechte Szene und der Überarbeitung des Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus? – Vonseiten der CSU hören wir seit Wochen, Monaten und Jahren nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen unsere Gesellschaft schützen und die Freiheit bewahren. Deshalb müssen wir besonnen und entschlossen handeln. Das besonnene Handeln hat die CSU noch nie richtig hinbekommen. Gerne gebe ich Ihnen ein paar Tipps: Besonnenheit heißt, auf die Forderung nach einem Burka-Verbot zu verzichten. Nur weil Sie die AfD-Ergebnisse panisch werden lassen, müssen Sie nicht gleich eine kopflose Politik machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt bereits viele sinnvolle Regeln zum Umgang mit Vollverschleierung in der Öffentlichkeit. Verteidigen Sie doch lieber die weltoffene Gesellschaft. Besonnen handeln heißt auch, Flüchtlingen die Hand zur Integration zu reichen. Das heißt nicht, sie unter Generalverdacht zu stellen. Besonnen handeln heißt auch, die Freiheit zu schützen anstatt sie einzuschränken. Dazu muss man neue Maßnahmen zunächst kritisch hinterfragen. Bringen sie wirklich mehr Sicherheit, oder schränken sie die Freiheit unverhältnismäßig ein? Wir haben doch bereits umfassende gesetzliche Möglichkeiten, die wir bei Bedarf einfach konsequent anwenden müssten. Deshalb erteilen wir GRÜNE Forderungen nach mehr Videoüberwachung, Vorratsdatenspeicherung und der Militarisierung der Innenpolitik eine klare Absage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie schränken unsere Freiheit ein und bringen nicht mehr Sicherheit. Entschlossen handeln dagegen heißt, die Schutz- und Kriminalpolizei zu unterstützen, etwa durch mehr Personal und bessere Ausstattung. Entschlossen handeln heißt auch, mit einer europäischen Polizei- und Sicherheitspolitik – ich betone europäisch – dem internationalen Terrorismus entgegenzutreten. Entschlossen handeln heißt, endlich das Waffenrecht zu verschärfen. Leider ist es immer noch viel zu leicht, an Schusswaffen zu kommen. Warum passiert nichts? – Die CSU bremst in Berlin ein schärferes Waffenrecht aus, wo sie nur kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Entschlossen handeln heißt auch, mehr vorzubeugen. Wenn jemand auf die schiefe Bahn gerät, müssen wir hinschauen und rechtzeitig helfen. Wir GRÜNE fordern schon seit Jahren einen Ausbau der Präventions- und Deradikalisierungsprogramme. Wir fordern mehr Forschung zum Thema Salafismus und mehr Geld für die Demokratiebildung. Wie schlecht es um den Sozialkundeunterricht an den bayerischen Schulen bestellt ist, konnten wir in den letzten Tagen in den Zeitungen lesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir reden von Prävention und Deradikalisierung, und Sie machen Stimmung gegen Flüchtlinge.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vertrauen schafft Sicherheit. Man sollte aufhören, Vorurteile zu schüren und die Gesellschaft zu spalten. Das schafft ein Klima der Angst und des Misstrauens. In einer solchen Stimmung im Land können Ohnmacht und die Bereitschaft zur Gewalt besonders gut wachsen. Aus Verunsicherung wird dann Unsicherheit. Wir sind der Auffassung, dass endlich Schluss sein muss mit dem Anbiedern an die Feinde der Republik. Wir müssen den Terror bekämpfen, unsere Freiheit schützen und den Zusammenhalt stärken. Dafür setzen wir GRÜNE uns auch weiterhin ein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Schulze. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Gantzer. Bitte schön, Herr Gantzer.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Anlass zu dieser Diskussion ist der Dringlichkeitsantrag der CSU mit der Überschrift "Freiheit braucht Sicherheit!". Im Hinblick auf den Antrag frage ich mich jedoch, ob die Punkte, über die wir diskutiert haben, überhaupt im Antrag stehen. Herr Kollege Herrmann hat in seinen Ausführungen mit einem sicherheitsphilosophischen Seminar begonnen. Davon habe ich im Antrag aber nichts gelesen. Wenn ich den ersten Absatz des Antrags "Freiheit braucht Sicherheit!" und die Begründung richtig lese, komme ich zu dem Schluss, dass wir darüber hätten diskutieren können auf der Grundlage des in St. Quirin im Juli dieses Jahres beratenen Sicherheitskonzepts der Staatsregierung. Der Herr Ministerpräsident hat das weitgehend in seiner Rede übernommen. Bei einigen bestimmten Punkten hätten wir uns einigen können. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, was aber steht zwischen der kurzen Einführung Ihres Antrags und der Begründung? – Dazwischen befassen sich neun von elf Punkten mit fremdenfeindlichen Argumenten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Taktik der CSU kann man so zusammenfassen: Leute, ihr müsst vor den vielen Fremden, die zu uns kommen, Angst haben. Wir haben aber die Rezepte, um das zu verhindern. Diese Rezepte sehen wir in diesen neun Punkten. – Deswegen sage ich: Sie haben einen fremdenfeindlichen Antrag gestellt. Wir sind auch der Meinung, dass wir in einem sehr sicheren Bundesland leben. Wir danken dem Herrn Inspekteur der Polizei ausdrücklich für die gute Arbeit der Polizei. Davon steht im Antrag jedoch nichts drin. Sie wollen nur fremdenfeindlich argumentieren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie schüren Ängste. Das ist von grüner Seite schon gut gesagt worden: Das ist Fremdenfeindlichkeit und Angstmacherei. Wenn ich Ihren Antrag lese, fällt mir spontan ein, was Ihr Generalsekretär gesagt hat. Ich zitiere: "Das Schlimmste ist ein fußballspielender, ministrierender Senegalese, der über drei Jahre da ist. Weil den wirst Du nie wieder abschieben." Was heißt das mit anderen Worten? – Das ist Angstmacherei.

Mit Ihrem Antrag versuchen Sie nur, zu rechtfertigen, was Ihr Generalsekretär gesagt hat. Das läuft in dieselbe Linie der Fremdenfeindlichkeit hinein. Sie sollten sich einmal anhören, was Kardinal Marx gestern zur Angstschürerei gegenüber Fremden gesagt hat.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Er hat es in einem Satz auf den Punkt gebracht. Er hat gesagt: "Oft höre ich leider heraus, dass der Fremde, der in Not ist, als Bedrohung dargestellt wird, die man schnell loswerden will. Das ist keine christliche Position." Das sollten Sie sich hinter die Ohren schreiben.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Der kann viel erzählen!)

Das hat Kardinal Marx gesagt, als er zu Ihrer Politik und insbesondere zu Asylbewerbern und Flüchtlingen gefragt worden ist.

Die Vorwürfe von Herrn Kardinal Woelki aus Köln gegen die CSU werden in der Presse wie folgt wiedergegeben – hören Sie gut zu –: "Mit ihren Forderungen trägt die CSU zur Polarisierung der Debatte bei und betreibt damit am Ende das Geschäft der Rechtspopulisten von der AfD". Damit ist eigentlich alles über Sie und Ihren Antrag gesagt.

(Zuruf der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer (CSU))

Ich frage mich auch, was ein studierter Theologe von den FREIEN WÄHLERN dazu sagt. – Er redet jedoch gerade. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, so darf es nicht

weitergehen. Es darf nicht sein, dass Fremdenfeindlichkeit das Wort geredet wird. Ich halte mich an das, was die beiden Kardinäle gesagt haben. Dem ist nichts hinzuzufügen. Wir werden die beiden Anträge ablehnen. Dem Antrag der GRÜNEN stimmen wir zu.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Gantzer. – Jetzt hat sich für die Staatsregierung Staatssekretär Eck zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will es ganz kurz machen. Eigentlich wollte ich nicht mehr sprechen. Allerdings sind einige Punkte geäußert worden, die man schlicht und ergreifend nicht stehen lassen kann. Lieber Herr Dr. Gantzer, nachdem wir uns gut verstehen und oftmals die gleiche Meinung vertreten, verstehe ich nicht, warum die Kirchen bei der SPD einen solch großen Einfluss haben, dass sie ständig zitiert werden. Das ist mir vollkommen neu.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Schnittmenge ist größer als bei euch!)

Sie hätten doch die Freiheit gehabt, einen eigenen Antrag zu stellen. Hätten Sie selber einen Antrag gestellt, hätten wir heute über vier Anträge diskutiert.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr Antrag ist so schlecht, dass man keinen Nachzieher machen kann!)

Deshalb brauche ich nicht vertieft auf Ihren Beitrag einzugehen, lieber Herr Dr. Gantzer.

Frau Gottstein hat vieles angesprochen. Davon kann man vieles stehen lassen, aber es war absolut einseitig. Vieles hat mit dem Antrag überhaupt nicht in Zusammenhang

gestanden. Ich muss sagen, dass der Antrag einseitig ist und nur auf das Thema Asyl abzielt.

Wenn ich aber Sie, liebe Frau Kollegin Schulze, ansprechen darf: Ihr Beitrag war letztendlich der Grund für mich, warum ich mir gesagt habe, dass ich noch für einige Sätze hier ans Pult treten muss. Ich sage Ihnen vorab: Es war ein verbaler Tiefflug. Ihr Tiefflug war so tief, dass Sie Kabel verlegen könnten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Liebe Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu sagen, der Antrag sei ein Armutszeugnis: Das ist vollkommen fernab von jeglicher Realität. Es steckt kein politischer Sachverstand dahinter. Letzten Endes zu sagen, dass der Antrag mit Hetze verglichen werden kann, das schlägt dem Fass absolut den Boden aus.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen: Überlegen Sie sich, ob Sie sich nicht wirklich entschuldigen wollen. Das ist der Gipfel.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Meine Damen und Herren, die Vorhaltungen kommen von einer Kollegin von den GRÜNEN. Und jetzt schauen Sie sich einmal in allen anderen Ländern, in denen Sie mitreden können, um, wo die innere Sicherheit dort steht. Wir sind mit dem Freistaat Bayern von allen Ländern in der Bundesrepublik Deutschland das sicherste Land. Das ist in Deutschland und europaweit anerkannt. Dann lassen wir uns einen solchen Tiefflug von Ihnen nicht bieten, liebe Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ihr Antrag zielt nur auf rechts ab; Entsprechendes werfen Sie uns vor. Sie müssen sich einmal überlegen, dass Sie letztendlich einen ausgewogenen Antrag hier zur Diskussion stellen.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

In diesem Sinne bitte ich, den Antrag von den FREIEN WÄHLERN, weil er unvollständig ist, und den Antrag der GRÜNEN, weil er einseitig ist, abzulehnen. Dem Antrag der CSU bitte ich zuzustimmen.

Zum Sicherheitspaket brauche ich an der Stelle nichts zu wiederholen. Das ist vom Kollegen Herrmann und ist vom Ministerpräsidenten in der Regierungserklärung angesprochen worden. Deshalb bitte ich um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Ich gebe bekannt, dass die CSU-Fraktion für ihren Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat.

Zur Abstimmung werden die Anträge wieder getrennt. Da die Frist für die namentliche Abstimmung noch nicht abgelaufen ist, lasse ich jetzt dennoch über die anderen beiden Anträge in einfacher Form abstimmen.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/13023. Das ist der Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/13024 – das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen, bitte. – Das sind die FREIE-WÄHLER- und die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 7 aufrufe, gebe ich bekannt, dass der Tagesordnungspunkt 8 – das ist der Antrag auf Drucksache 17/12028 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Veränderungen im Grundstockvermögen früher anzeigen und Zustimmung einholen" – auf eine der nächsten Plenarsitzungen verschoben wird.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Wir kommen nun zurück zum Tagesordnungspunkt 6. Hier ist noch die namentliche Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Freiheit braucht Sicherheit!" auf der Drucksache 17/13012 offen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Urnen sind bereitgestellt. Ich kann die Abstimmung eröffnen. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 21.26 bis 21.31 Uhr)

Die fünf Minuten sind vorbei. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und noch heute Abend bekannt gegeben.

Ich habe das Gefühl, das Auszählen geht immer schneller. Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Zellmeier, Dr. Herrmann und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Freiheit braucht Sicherheit!", Drucksache 17/13012, bekannt. Mit Ja haben 68, mit Nein haben 49 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: 2. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 28.09.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u. a. und Fraktion CSU; Freiheit braucht Sicherheit! (Drucksache 17/13012)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. **Bausback** Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. **Bernhard** Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold			
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
von **Brunn** Florian		X	
Brunner Helmut			
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert			
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. **Eiling-Hütig** Ute	X		
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang	X		
Dr. **Fahn** Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander	X		
Dr. **Förster** Linus			
Freller Karl			
Füracker Albert			
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul		X	
Gehring Thomas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith	X		
Gibis Max			
Glauber Thorsten		X	
Dr. **Goppel** Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin			
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine	X		
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar		X	
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.			
Herold Hans	X		
Dr. **Herrmann** Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. **Hopp** Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. **Huber** Marcel			
Dr. **Huber** Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. **Hünnerkopf** Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine			
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette			
Kirchner Sandro			
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Kränzlein** Herbert			
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich			
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas			
Dr. **Magerl** Christian			
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia			
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef			
Dr. **Rabenstein** Christoph		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris		X	
Dr. **Reichhart** Hans			
Reiß Tobias	X		
Dr. **Rieger** Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian			
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten			
Dr. **Schwartz** Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen	X		
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. **Vetter** Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. **Wengert** Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winter Georg	X		
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno			
Gesamtsumme	68	49	2